

Übernahmekommission
Herr Dr. Adriano Margiotta
Selnastr. 32
Postfach
CH-8021 Zürich

Zürich, 23. Oktober 2003

Stellungnahme des Verwaltungsrates der SC Turnaround Invest AG betreffend die Gewährung einer Ausnahme von der Pflicht zur Unterbreitung eines Angebotes

Der Verwaltungsrat der SC Turnaround Invest AG (nachfolgend auch „Gesellschaft“) erstattet auf Einladung der Übernahmekommission zu der von der Swiss Capital Alternative Investments AG beantragten Ausnahme von der Angebotspflicht sowie zu möglichen Interessenkonflikten hiermit seinen Bericht:

1 Stellungnahme

Der Verwaltungsrat der SC Turnaround Invest AG hat mittels Zirkularbeschluss vom 23. Oktober 2003 beschlossen, den Antrag der Swiss Capital Alternative Investments AG (nachfolgend auch „Gesuchstellerin“) um Gewährung einer Ausnahme von der Pflicht zur Unterbreitung eines Angebotes an die Aktionäre zu unterstützen und der Übernahmekommission diesen Antrag zur Annahme zu empfehlen.

2 Begründung

Die Generalversammlung der SC Turnaround Invest AG hat am 24. März 2003 mit einer Zustimmungsquote von 100% der vertretenen Aktien der Liquidation und Dekotierung der Gesellschaft zugestimmt, dies unter den Bedingungen, dass (a) die zuvor beschlossene Kapitalherabsetzung vollzogen wird und (b) den Aktionären bis zum 31. Oktober 2003 kein öffentliches Kaufangebot im Sinne von Art. 22 ff. BEHG unterbreitet wurde. Dieser bedingte Liquidationsbeschluss erfolgte im Zusammenhang mit der Konversion der Aktien der Gesellschaft in Anteilsscheine des Teilfonds SC Turnaround Fund (USD) der Swiss Capital Non-Traditional Funds PCC (Guernsey) Ltd. mittels der an derselben Generalversammlung beschlossenen Kapitalherabsetzung. Die Liquidation und Dekotierung der SC Turnaround Invest AG ist der abschliessende rechtliche Schritt dieser Konversion. Mit dem vom Verwaltungsrat beantragten und von den Aktionären beschlossenen Vorbehalt eines öffentlichen Übernahmeangebotes sollte die Tragung von Liquidationskosten durch die Aktionäre der Gesellschaft verhindert werden, sofern ein Kapitalmarktteilnehmer ein neues Investitionskonzept für die Gesellschaft präsentieren sollte; der bedingte

Liquidationsbeschluss hätte diesfalls den Aktionären eine Ausstiegsmöglichkeit offeriert, weil nur durch ein öffentliches Übernahmeangebot die Liquidation der Gesellschaft zu verhindern gewesen wäre. Entgegen diesem Plan hat die Swiss Capital Alternative Investments AG in ihrem Gesuch ihre Absicht angezeigt, dass sie im Falle der Verpflichtung zu einem Angebot die Gesellschaft zu liquidieren gedenke. Angesichts dieser Umstände ist ein Pflichtangebot insofern nicht im Interesse der Gesellschaft, als ein solches lediglich die Liquidation hinausschieben und erhöhte Kosten mit sich bringen würde.

Berücksichtigt hat der Verwaltungsrat der SC Turnaround bei seiner Entscheidung vor allem auch die Ursache des vorübergehenden Überschreitens des angebotspflichtigen Grenzwertes durch die Swiss Capital Alternative Investments AG: Im Rahmen des Vollzuges der Konversion hat die Gesuchstellerin bei einer Umplatzierung von Anteilen des neuen Anlagefonds während 4 Börsentagen den angebotspflichtigen Grenzwert überschritten. Diese Umplatzierung erfolgte im Interesse der Aktionäre der Gesellschaft bzw. der Eigentümer von Anteilen des SC Turnaround Fund (USD); denn die Umplatzierung verhinderte eine Rückgabe von Anteilen des neuen Anlagefonds, welche den Fonds zur Veräusserung von distressed investments *unter ihrem Wert* zwecks Bereitstellung der erforderlichen Liquidität gezwungen hätte. Insoweit handelte die Gesuchstellerin im Interesse der Gesellschaft bzw. deren Aktionären.

3 Potenzielle Interessenkonflikte

Der Verwaltungsrat der SC Turnaround Invest AG setzt sich zusammen aus den Herren Hans-Jörg Baumann, Meinrad Wyser, Markus Allenspach, Jürg Schwarz und Thomas Müller. Die Herren Hans-Jörg Baumann und Meinrad Wyser sind zugleich Verwaltungsräte der Swiss Capital Alternative Investments AG und sind deshalb bei der Beratung und Entscheidungsfindung des Verwaltungsrates der SC Turnaround Invest AG im Zusammenhang mit der vorliegenden Stellungnahme in den Ausstand getreten. Herr Markus Allenspach war von Januar bis Juli 1999 bei der Swiss Capital Alternative Investments AG angestellt und für den Bereich Research zuständig. Seither ist er für die Bank Ehinger & Armand von Ernst (ehem. Cantrade Privatbank Zürich) tätig. Herr Thomas Müller arbeitet bei der Banca del Gottardo als Chief Financial Officer und hat keine Verbindungen zur Swiss Capital Alternative Investments AG. Herr Jürg Schwarz ist ehemaliger Generaldirektor der Zürcher Kantonalbank und hat keine Verbindungen zur Swiss Capital Alternative Investments AG. Die Gesuchstellerin ist für die Tochtergesellschaft der Gesellschaft in der Funktion als Investment Advisor tätig. Allen an der Entscheidungsfindung beteiligten Verwaltungsräten ist bewusst, dass sie unabhängig von diesen Sachverhalten gemäss Art. 717 Abs. 1 OR in erster Linie die Interessen der Gesellschaft und nicht irgendwelche Interessen eines bestimmten Aktionärs zu vertreten haben.

4 Absichten der Aktionäre, die mehr als 5% der Stimmrechte besitzen

Die Gesuchstellerin hat am 1. Oktober 2003 mit der Anzeige des Überschreitens des angebotspflichtigen Grenzwertes zugleich das Unterschreiten mit einer Beteiligung an der Gesellschaft von 27.17% der Stimmrechte offen gelegt. Der Gesellschaft sind die folgenden Aktionäre mit einer Beteiligung von mehr als 5% der Stimmrechte bekannt: Garfin Int. SA, Luxembourg (direkte Beteiligung), und LGT Group, Vaduz (indirekte Beteiligung). Die SC Turnaround Invest AG hat keine Kenntnis davon, wie die genannten Gesellschaften den Antrag der Gesuchstellerin zur Gewährung einer Ausnahme beurteilen.

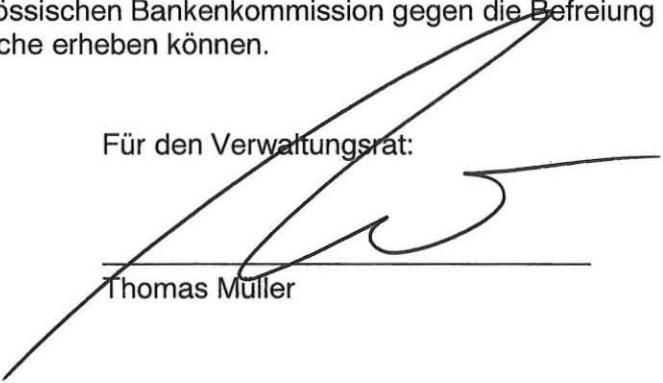
4

5 Recht zur Einsprache gegen die Ausnahmegewährung

Der Verwaltungsrat weist die Aktionäre der SC Turnaround Invest AG auf Art. 34 Abs. 4 BEHV-EBK hin, wonach die an der Zielgesellschaft Beteiligten innert einer Frist von 10 Börsentagen nach Publikation der Befreiung von der Angebotspflicht im Schweizerischen Handelsamtsblatt bei der Eidgenössischen Bankenkommission gegen die Befreiung schriftlich und begründet Einsprache erheben können.

23. Oktober 2003

Für den Verwaltungsrat:



Thomas Müller